

Eimsbüttler **ROT**

Oktober 2023

Die Zeitung der DKP für Eimsbüttel und Umgebung

hamburg.dkp.de

Streik bei Hagenbeck

Im August stimmten 87 % der beim Tierpark Hagenbeck beschäftigten Mitglieder der IG BAU für die Aufnahme eines unbefristeten Streiks. Ziel ist der Abschluss eines Haustarifvertrages, in dem ein transparentes Entlohnungssystem, einheitliche Urlaubsregelungen und ein verlässliches Weihnachts- und Urlaubsgeld festgeschrieben sind. All dies gibt es bislang bei Hagenbeck nicht. Konkret hat die Gewerkschaft einen elf Punkte umfassenden Forderungskatalog aufgestellt, darunter Rechtssicherheit für die Beschäftigten, verbesserte Arbeitszeiten, Urlaubsregelungen, Sonderzahlungen und Krankengeld-Zuschüsse.

Dr. Dirk Albrecht, der Geschäftsführer des Tierparks, der den Zoo nach Gutsherrenmanier führt, weigert sich strikt, darüber Gespräche zu führen. Anstatt eines Tarifvertrages will der Zoochef lediglich eine Betriebsvereinbarung abschließen. Dies ist jedoch gemäß §77 Abs. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes unzulässig, da tarifbezogene Vereinbarungen grundsätzlich in Tarifverträgen festgelegt werden müssen. Betriebsvereinbarungen sind an dieser Stelle rechtswidrig und unwirksam. Im Konfliktfall gelten sie bei den Arbeitsgerichten nicht als Rechtsgrundlage.

Die Beschäftigten bei Hagenbeck haben es satt und sich daher entschieden, für ihre Interessen zu kämpfen. Nach der Abstimmung zugunsten des Streiks versuchte Dr. Albrecht mit dramatisierenden Appellen öffentlich Stimmung gegen den Streik zu machen, indem er behauptete das Tierwohl würde ernsthaft gefährdet. Dabei hatte die IG BAU umgehend einen für den Streik geltenden Notfallplan vorgelegt.

Am 28. August haben die Beschäftigten des Tierparks begonnen, die Arbeit niederzulegen. Dr. Albrecht drohte umgehend damit, eine einstweilige Verfügung gegen den Streik zu beantragen, was bislang allerdings nicht geschehen ist. Seitens Dr. Albrecht gibt es weiterhin keine Bereitschaft zu Gesprächen oder gar Verhandlungen mit der Gewerkschaft. Im Gegenteil, seit Streik-

beginn versucht der Tierpark-Geschäftsführer die Mitarbeitenden einzuschüchtern und zu spalten. So wurde eine Streikbruchprämie von 150 € für diejenigen Mitarbeiter in Aussicht gestellt, die am ersten Streiktag arbeiten. Im Hamburger Abendblatt vom 7.9.23 wurde berichtet, dass Mitarbeitenden wegen des Streiks bereits genehmigter Urlaub gestrichen worden sei. Dagegen habe die IG BAU gerichtlich vorgehen müssen. Außerdem versucht der Zoochef Mitarbeiter durch Einzelgespräche unter Druck zu setzen.

Laut NDR wurden mehreren Besucherinnen und Besuchern, die im Besitz einer Jahreskarte waren, diese persönlich vom Geschäftsführer entzogen und Hausverbot erteilt. Als Grund hierfür wurde vermutet, dass sie sich mit den Streikenden solidarisiert bzw. sich kritisch gegenüber der Geschäftsleitung geäußert hätten. Der Streik dauerte bei Reaktionschluss noch an.

Die Forderung der Gewerkschaft nach einem Haustarifvertrag ist unbedingt zu unterstützen. Ein echter Tarifvertrag ist notwendig, um dem willkürlichen Umgang der Geschäftsführung mit den Mitarbeitenden endlich einen Riegel vorzuschieben. Unabhängig davon wie der Arbeitskampf ausgeht: die bisherige Blockadehaltung der Geschäftsführung lässt auch zukünftig harte Auseinandersetzungen erwarten. Es bleibt zu hoffen, dass die Beschäftigten des Zoos weiterhin Geschlossenheit zeigen. Wer die Forderungen der IG BAU bei Hagenbeck unterstützen möchte, kann online ihre Petition unterzeichnen: <https://deine.igbau.de/hagenbeck>



11.9.1973 - Putsch in Chile

Selten war das weltweite Echo auf einen Militärputsch von so viel Abscheu und Empörung geprägt wie bei demjenigen im September 1973 in Chile: es gab Protestkundgebungen von Millionen Menschen auf allen Kontinenten. In einigen Ländern wurde Staatstrauer angeordnet, ein breites Solidaritätsnetz aller progressiven Kräfte brachte ihren Zorn über den blutigen Terror der faschistischen Militärjunta, dem Zehntausende zum Opfer fielen, zum Ausdruck.



Zum ersten Mal in der Geschichte gelangte 1970 mit Salvador Allende ein Politiker mit einem konsequent sozialistischen Programm, hinter dem die großen linken Parteien (sozialistische und kommunistische) sowie fortschrittliche kleinbürgerliche Parteien sich zur Unidad Popular (UP) vereinigt hatten, durch Wahlen an die Macht: am 4.9.1970 erzielte er über 36% der Stimmen und konnte diesen Wähleranteil in den darauf folgenden drei Regierungsjahren noch beträchtlich steigern. Denn trotz des gewaltsamen Widerstandes der in- und ausländischen Reaktion setzte die Volksfrontregierung Schritt für Schritt ihr revolutionäres Programm um und verbesserte damit ganz konkret das Leben der großen Mehrheit der Chilenen:

- Preiskontrollen von Grundnahrungsmitteln
- Erhöhung der Löhne über die Inflationsrate
- kostenlose Gesundheitsfürsorge für die ärmsten Bevölkerungsschichten
- kostenloser Schulbesuch
- ½ Liter Milch pro Tag für jeden Chilenen unter 15 Jahren
- Verstaatlichung der in- und ausländischen Monopole (vor allem der Kupferbergwerke und Banken)
- Einführung einer Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben
- Enteignung von Großgrundbesitz (über 80 Hektar) und Überführung in genossenschaftliche Eigentumsformen mit familiärem Besitzrecht auf Haus und Garten.

Obwohl reich an Bodenschätzen, ist und war Chile ein armes Land. 2% der Familien verfügten 1970 über 46% des Einkommens. Der Bergbau, aus dem 85% der Exporterlöse stammen, befand sich im Besitz von US-Konzernen, Acker und Weideland befanden sich zu 80% in den Händen von 4,2% der Bevölkerung.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen spitzten sich zwischen dem rechten Sektor, der im Parlament die Mehrheit hatte, offen faschistischen Gruppen, dem Ausland (v.a. den USA) und der UP-Regierung im Laufe des Jahres 1973 dramatisch zu, so dass Allende für den 11. September eine demokratische Abstimmung ankündigte, damit das Volk über den weiteren Weg entscheidet. Die Militärs wurden davon in Kenntnis gesetzt und handelten dann wie bekannt.

Dieser brutale Angriff auf das chilenische Volk wurde vom Westen nicht nur toleriert, sondern nachweislich massiv unterstützt; vor allem die CIA und der amerikanische Außenminister Kissinger taten sich besonders hervor.

Letztendlich wurde der Faschismus aber auch in Chile besiegt, denn die "Geschichte gehört uns, es sind die Völker, die sie machen". Dies sagte Allende in seiner letzten Rede kurz vor seinem Tod, als er seinen Regierungssitz mit dem Gewehr verteidigen musste. Er schließt mit der Zuversicht, dass "sich früher oder später, sehr bald, erneut die großen Straßen auftun werden, auf denen der würdige Mensch dem Aufbau einer besseren Gesellschaft entgegengieht."

„Ach wäre es doch gelungen!“

„100 Jahre Hamburger Aufstand“ - Kulturmatinee am 22.10.2023

Am 23. Oktober 1923 kam es in Hamburg, organisiert von der Hamburger KPD, zum Aufstand. In seinem Verlauf wurden Polizeireviere gestürmt, Barrikaden errichtet. In Schiffbek – dem heutigen Billstedt – herrschte ein Arbeiterrat!

Zur Vorgeschichte: Fünf Jahre nach dem ersten Weltkrieg erreichte im Herbst 1923 die wirtschaftliche und politische Krise in Deutschland den Höhepunkt. Hungerunruhen, Massenstreiks und politische Demonstrationen waren an der Tagesordnung. Über drei Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter streikten und erzwangen im August 1923 den Rücktritt der konservativen Regierung unter Reichskanzler Cuno. Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) rief Ende September den militärischen Ausnahmezustand aus und ließ die Reichswehr nach Sachsen und Thüringen einmarschieren, um dort die demokratisch gewählten Arbeiterregierungen aus KPD und SPD abzusetzen.

Die Situation war sicherlich eine hoch revolutionäre, die noch junge KPD aber noch nicht ausreichend in den Massen der Arbeiterschaft verankert. Die Hamburger Kommunistinnen und Kommunisten wagten den Aufstand. In Eimsbüttel, Barmbek, Schiffbek und Wandsbek kämpften sie „dreimal 24 Stunden“ gegen eine Übermacht von 6.000 Polizisten, Reichswehr und Faschisten. Sie erfuhren die Kraft der Solidarität, als sie dabei von der Bevölkerung mit Essen versorgt, versteckt und beim Barrikadenbau unterstützt wurden. Doch der Funke der Revolution sprang nicht von Hamburg auf den Rest des Landes über. Es kam nicht zu dem erwarteten landesweiten Generalstreik. So wurde der Aufstand nach drei Tagen abgebrochen.

Anlässlich des 100. Jahrestages findet eine Kulturveranstaltung mit wunderbaren Künstlerinnen und Künstlern am Sonntag, den 22. Oktober 2023 im Kulturpalast Billstedt statt.

Eimsbüttler Rot, Zeitung der DKP-Gruppe Eimsbüttel.
 ViSdP: U.Brandenburg c/o MTZ, Lindenallee 72, 20259 HH
 Bildnachweis:
 Seite 1: Hagenbeck (eigenes Foto). S. 2: Allende-Bild
 (Quelle: pixabay). Seite 4: Karikatur von Klaus Stuttmann

PRÄSENTIERT VON: **DKP SDAJ** Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V.

KULTUR

ACH, WÄRE ES DOCH GELUNGEN! 100 JAHRE HAMBURGER AUFSTAND

MIT BEITRÄGEN VON

ROLF BECKER
KAI DEGENHARDT
MESUT BAYRAKTAR
DORIS GERCKE
ERICH SCHAFFNER
ACHIM BIGUS

VON DER REVOLUTIONÄREN
GEDULD UND ZÄHIGKEIT UND
VOM RICHTIGEN ZEITPUNKT

MATINEE

22. 10.2023 + 12:30 + KULTURPALAST BILLSTEDT
11:00 + STADTTEILRUNDGANG AUF DEN SPUREN DER AUFSTÄNDISCHEN
+ TICKETVERKAUF VIA KONTAKT@DKP-HAMBURG.DE +

Wegen der jetzt schon großen Nachfrage empfehlen wir dringend bereits jetzt Eintrittskarten zu sichern!!
 Ticketverkauf via: kontakt@dkp-hamburg.de
 Ticketpreise: 5 € Sozi / 10 € regulär / ab 15 € Solipreis
 Beginn des Rundgangs: 11:00 Uhr
 Beginn der Matinee: 12:30 Uhr - Ende gegen 16 Uhr
 Ort: Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30a,
 22129 Billstedt, U-Bahn: „Billstedt“

Altersarmut in Hamburg

Am 2. September fand in Hamburg eine Demonstration von Rentnerinnen und Rentnern statt. Dazu aufgerufen hatten unter anderen die AWO, der Sozialverband Deutschland (SoVD), die Ver.di – Senioren und Bezirks-Seniorenbeiräte. Die Forderungen der Demonstranten und Organisatoren waren ein Inflationsausgleich von 3.000 Euro, verteilt auf 2023 und 2024, und ein verbilligtes Deutschlandticket für 29 Euro.

Von der Inflation sind die Rentnerinnen und Rentner, neben den Alleinerziehenden, besonders hart betroffen. Den weitaus größten Teil ihres Ein-

kommens benötigen sie für Lebensmittel und Energiekosten, welche am stärksten steigen. Rund 67.000 ältere Menschen über 65 Jahre in Hamburg sind arm. Die Armutsgefährdungsquote älterer Menschen in Hamburg stieg laut Diakonie von 9,5% im Jahre 2005 auf 23,2% im Jahr 2021. Der Andrang an den Tafeln wird immer größer und viele müssen noch arbeiten, um über die Runden zu kommen. Wer ohne Fehlzeiten 45 Jahre lang immer einen Durchschnittsverdienst hatte, kommt zwar auf 1.692 Euro Brutto-Rente, aber 53 % der Rentnerinnen und Rentner erhalten eine Rente von unter 1.000 Euro.

Was sind die Ursachen der niedrigen Renten? Dazu zählen v.a. die Absenkung des Renten-niveaus von 53% im Jahr 2001 auf jetzt 48%, die Einführung von Hartz IV (heute „Bürgergeld“), Lücken in der Beschäftigungs- und Erwerbsbiographie, Pflege- und Kindererziehungszeiten und insbesondere niedrige Löhne in sogenannten Frauenberufen sowie bei Arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Für viele ältere Menschen wird ein Besuch im

Restaurant oder ein Theaterbesuch zum Luxus. Sie werden von vielen Dingen ausgeschlossen. Noch schlimmer wird es, wenn sie Pflege benötigen. Die Pflegeversicherung deckt nur einen Teil der Kosten ab, ambulant wie im Heim.

So müssen die Bewohnerinnen und Bewohner eines Pflegeheimes im ersten Jahr rund 2.700 Euro pro Monat selbst aufbringen. Die Pflegeversicherung müssen die Rentnerinnen und Rentner voll selbst bezahlen - Tendenz steigend. Wichtig ist eine Pflegeversicherung, welche die Pflegekosten voll abdeckt. Das Haushaltsfinanzierungsgesetz, beschlossen im August 2023, enthält massive Kürzungen von Renten- und Pflegezuschüssen. Das führt dazu, dass die soziale Pflegeversicherung bis zum Jahr 2027 vom Bund überhaupt keine Steuermittel mehr bekommt.

Die Hochrüstung und die Einhaltung der Schuldenbremse werden zu weiteren massiven Abbau in allen sozialen Bereichen führen. Ohne Abrüstung werden wir weder die sozialen Probleme bei uns, noch die Klimaprobleme, noch die ungleiche Entwicklung auf der Erde lösen.

